



Bildungspolitik als Gerechtigkeitspolitik

Der Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Meinhart Ramaswamy

In einem Gespräch mit dem Philosophen Richard David Precht kritisiert Hirnforscher Gerald Hüther, dass unsere Kinder noch immer nach denselben Methoden und mit denselben Inhalten wie vor 50 Jahren unterrichtet werden. Das Leben der jungen Menschen sei eine Jagd nach Zensuren und nur die Vorbereitung auf ein Examen. Doch Leben sollte mehr sein.

Er stapelt niedrig – das, was in einer Vielzahl von Schulen strukturell und inhaltlich geschieht, ist wesentlich älter. Es hindert daran, zeitgemäß und phantasievoll zu lernen. Es wäre falsch, den Mangel alleine an den Lehrern festzumachen. Es beginnt mit der Lehrerbildung, der Schulaufsicht und endet bei den inneren Schulstrukturen und dem Unterricht.

In der Präambel ihres Grundsatzensatzes setzt sich die Piratenpartei Niedersachsen für die größtmögliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein. Eine entscheidende Voraussetzung dafür ist die Chancengleichheit im Bildungswesen. Die Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte, vor allem gefördert von CDU/FDP-Regierungen in Land und Bund, sorgt aber gezielt für das Gegenteil.

Blick zurück

Als die Schule aus Kirchenhand in weltliche Obrigkeit überging, änderte sich ihre Aufgabe. Nun soll sie den Einzelnen in die staatliche Ordnung eingliedern. Schule dient als Institution dem Ziel, den Fortbestand des gegenwärtigen Zustandes der Gesellschaft zu sichern. Damit ist aber auch die Steuerung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die Institution Schule gegeben. Sie wurde in der Vergangenheit

von totalitären Regimen, auch in Deutschland, missbraucht. Schule wurde zum Hort der Disziplin, Autorität, Unterordnung, absolutem Gehorsam degradiert.

Durch staatliche Stellen festgelegte Lernziele und Lerninhalte garantiert, dass das gelernt wird, was der Mainstream fordert. Gesellschaftliche wie fachliche Alternativen spielen kaum eine Rolle. Es wird gelernt, was in der Wirtschaft gerade erforderlich ist.

Ich erinnere mich eine Veranstaltung des Schulleiterverbandes, in der ein Wirtschaftsvertreter eindringlich sogenannte Schlüsselkenntnisse einforderte. Dafür hätte der Schulleiter doch bitte zu sorgen. Nicht dass alles, was er forderte, unsinnig gewesen wäre, doch die Art und Weise und der Ort der Forderung passt so gar nicht zu einer unabhängigen und demokratischen Institution.

Druck total

Derzeitige Änderungen etwa in der gymnasialen Oberstufe erhöhen den Druck: eine Selektion nach „Belastungskriterien“ erfolgt, aber nicht nach intellektuellem Potential. Dafür benötigt das, um sich zu entwickeln, einfach Zeit und phantasievolles Begegnen mit Wissen. Laut einer Meldung in der „Berliner Tageszeitung“ vom 6.9.2012 lehnen 79 Prozent der Eltern das Abitur nach 12 Jahren ab. Das ist nachvollziehbar, denn der Druck auf die Schüler kommt ungefiltert zuhause an.

Dann belohnen Lehrer angepasstes Lernverhalten („ich antworte, was der Lehrer hören will und diskutiere nicht“) mit guten Noten belohnt, die wiederum zu bestimmten Abschlüssen führen. Eine Voraussetzung für viele leitende Positionen. Die Europäisierung der formalisierten Bildung führt nicht zu Vielfalt, sondern zur Einfachheit.

Dezentrale Strukturen

Die Ökonomisierung der Bildung ist eine Sackgasse. Bildung in Schule, Ausbildung, Studium gehört zur grundlegenden Daseinsfürsorge, die eine zentrale Aufgabe des Gemeinwesens ist. Das muss nicht notwendigerweise ein „Zentralstaat“ oder „Föderalstaat“ sein. Da lassen sich dezentrale, regionale Strukturen denken.

Deutlich wird diese veraltete Politik im Credo vom unbedingtem Erhalt des dreiteiligen Schulsystems in seiner jetzigen Form. Dass dieses zu mehr Ungleichheit führt als Gesamtschulen, in denen möglichst spät differenziert wird und der Schüler das Lerntempo vorgibt, zeigen inzwischen selbst Studien und Stellungnahmen der OECD, die Deutschland für seine Undurchlässigkeit rügen.

Alles für die Elite

Wer Teilhabechancen verbessern will, muss eine politische Entscheidung treffen: Mehr Fördermaßnahmen für diejenigen in der Gesellschaft, die benachteiligt sind. Derzeit wird aber genau das Gegenteil gemacht: Elitenförderung. Denjenigen, die schon gute Voraussetzungen haben, wird zusätzlich gegeben. „Leistung muss belohnt werden“ ist das eingängige Motto, nicht das Fördern von Potentialen.

Im „Chancenspiegel“, hat die Bertelsmann-Stiftung und das Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) an der Technischen Universität Dortmund erstmals die Schulsysteme aller Bundesländer auf Chancengerechtigkeit untersucht. Hier landet mein Bundesland Niedersachsen in der Dimension Durchlässigkeit in der unteren Gruppe. Dass es auch anders geht, zeigt Finnland. Hier ist das gegliederte Schulsystem schon seit 40 Jahren abgeschafft.

Wende verpasst

Aber in Deutschland verpassten wir die Chance zu einer Wende: Johannes Rau, damals Ministerpräsident von NRW, berief vor gut 30 Jahren eine Kommission zur Zukunft der Bildung und der Schule ein. Seit 1995 liegt der Bericht vor [1]. Hat sich etwas getan? Ja: Wir sind heute weiter von einer „Schule als Haus des Lernens“ entfernt als je zuvor.

Die angeblich notwendige Vereinheitlichung von Bildungsstandards und deren Internationalisierung hat den Druck, der durch den Bologna-Prozess in den Universitäten entstanden ist, ungefiltert an die Schulen weitergegeben. Es ist eine Schande, wie bereits Gundschilder mit „Wenn Du Abitur machen willst, dann musst Du ...“ geängstigt und unter Druck gesetzt werden.

In Niedersachsen ist die Chance eines Kindes, das Gymnasium zu besuchen, in wohlhabenden Sozialschichten 5,8-mal höher als die eines Kindes aus ärmeren Familien. Der Bundesdurchschnitt liegt beim Faktor 4,5, auch kein Ruhmesblatt.

Nur 34,8 Prozent aller Schüler in Niedersachsen, die maximal einen Hauptschulabschluss hatten, erhalten einen Ausbildungsplatz im Dualen System. Der Bundesdurchschnitt liegt hier immerhin bei 41,5 Prozent. Auch nicht toll.

Schul-Abstieg

Im Bereich Schulformwechsel ist das niedersächsische Ergebnis verheerend: einem Aufwärtswechsel stehen 11,8 Abwärtswechsel gegenüber. (Bundesweit liegt dieses Verhältnis im Schnitt bei 1 zu 4,3). 3,2 Prozent aller Schüler der Sekundarstufe müssen eine Klasse wiederholen (Bundesdurchschnitt: 2,9 Prozent).

In anderen Bereichen bekommt Niedersachsen bessere Noten. Aber die Durchlässigkeit entscheidet, ob eine Zementierung des sozialen Status stattfindet oder ob eine Veränderung möglich wird. Hier ist Niedersachsen ein Schlusslicht in Deutschland. Und ich unterstelle, dass das gewollt ist. Dafür spricht einiges. Sehen wir uns noch andere Bereiche der Bildungspolitik an: Exzellenzinitiative, mehr Frauen in MINT-Berufe (Mathematik, In-

formatik, Naturwissenschaft und Technik) und dergleichen. Überaus wohlklingende Worte. Aber es trifft immer diejenigen, die schon privilegiert sind. Elitenförderung, Elitenuniversitäten. Von Bildung für alle, wie vor 40 Jahren, ist keine Rede mehr. Aber die wäre notwendig, soll die Gesellschaft nicht weiter fragmentiert werden und auseinander driften. Erneut kann man sich des Eindrucks einer gezielten politischen Absicht nicht erwehren.

BAFöG für Wenige

Noch ein Beispiel: Nehmen wir die geplante Herabsetzung der Einkommensgrenzen beim BAFöG. Die bedeutet nichts anderes, dass einkommensschwache Menschen eine höhere Bildung nicht mehr finanzieren können. In Zeiten, in denen schon häufig zwei Drittel des Einkommens fürs Wohnen aufgebraucht wird und Niedrigstlöhne hingenommen werden. Und BAFöG war doch gerade dafür gedacht, Ärmern den Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

Genau so bei (privaten) Stiftungen: gefördert wird die Elite. Gute Noten sind Voraussetzung für die Förderung. Das ist nur sinnvoll, wenn bereits vorher Potentiale entwickelt und gefördert werden. Anstelle von hohen Grundbeträgen, die vom Einkommen der Eltern abhängen, werden die davon unabhängigen Büchergelder und Zusatzleistungen erhöht. Was wieder die bevorzugt, die es weniger benötigen.



Freie Schulen

Everett Reimer schrieb 1971, „Man wird geschult, um die Gesellschaft hinzunehmen. Man wird erzogen (educated), um eine neue Gesellschaft zu schaffen oder wieder zu erschaffen.“ Es ist Zeit, anstelle von vormundschaftlicher Schulung im Bildungswesen der Erziehung Raum zu geben. Wir haben eine steuernde Überregulierung im Schulbereich. Ein Systemwechsel steht an: Die unabhängige – freie – Schule als Grundlage für die Bildung jedes Einzelnen als mündigem, kritischem, kreativem Teil des Gemeinwesens und einer neuen Vielfalt.

Das bedeutet das Ende des Monopolcharakters, des Zwangscharakters (auf eine bestimmte Institution und bestimmte Lebensjahre begrenzte Schulpflicht) und der Koppelung von Lernprozessen mit Bewertungen (und daraus folgenden Berechtigungen und Privilegien).

Bildung als Basis unserer Gesellschaft

Kommunikation, Information, Wissen und Bildung formen die Grundlage unserer Gesellschaft und Kultur. Ihr Gesicht wird durch Bildung geprägt. Bildung ermöglicht den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, auf dem unser materieller und geistiger Wohlstand beruht. Sie setzt die Standards für unser Zusammenleben. Sie gibt Orientierung in einer komplexen Welt und schützt

die Gesellschaft vor irrationalen Ängsten und leichtfertigen Vorurteilen. Bildung versetzt uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und – wenn nötig – den Kurs zu ändern. Wer die Bildung vernachlässigt, zerstört die Grundlage, auf der unsere Gesellschaft aufgebaut ist.

Durch den Wandel der Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zu einer global vernetzten Ideengesellschaft ist Bildung die wichtigste Ressource des Menschen geworden. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands und damit die sozialen, kulturellen und persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Bürger basieren auf dem allgemeinen Bildungsniveau sowie der persönlichen Qualifizierung jedes Bürgers. Die großen Herausforderungen der Zukunft, wie etwa Klimawandel oder Ressourcenknappheit, sind nur durch technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen zu bewältigen. Dies erfordert ein sehr viel höheres allgemeines Bildungsniveau.

Gründungsfreiheit

Ein autonomes öffentliches Schulwesen muss eine unabhängige Möglichkeit bieten, neue Schulen zu gründen oder bestehende Schulen zu verändern. Dazu bedarf es einer ausführlichen Darstellung des pädagogischen Konzeptes, der geplanten Inhalte und der vorgesehenen Lehrkräfte, einer Rechtecharta und des Raum- sowie Einrichtungsbedarfes. Diese Konzepte können in geeigneten Medien veröffentlicht und kommentiert werden. In einem Dialog entsteht ein Konzept, das dann umgesetzt wird.

Dezentrale sich selbst berufende (initiative) Gremien von Eltern, älteren Schülern, Schülern, Lehrern, Universitäten – sogenannte regionale Bildungskommissionen – könnten die Konzepte prüfen und diese „freigeben“. Dabei sollte aber Vielfalt und Breite des Wissens die vorherrschende Rolle spielen, nicht Vormundschaft in den Inhalten. Danach könnte der Gründungsprozess in Gang gesetzt werden.

Fortsetzung auf Seite 22

Fortsetzung von Seite 9

Schülerautonomie

Zu einer autonomen Schule gehört untrennbar nicht nur die institutionelle Autonomie, sondern auch, dass die Schüler (beziehungsweise gesetzliche Vertreter) frei bestimmen können, welcher Institution sie sich für welchen Zeitraum anschließen. Schüler und Eltern müssen selbst kontrollieren können, ob die individuellen Lernvorstellungen, Lernziele, Lernfortschritte in der jeweiligen Institution erfüllt werden. Computergestützte Systeme können dabei helfen, aber auch regelmäßige Lernfortschrittsberichte und (Feedback-) Gespräche der Lehrkräfte mit Schülern und Eltern. Ob es sich dabei um Zeugnisse im herkömmlichen Sinne handelt, wird im Konzept festgelegt und bleibt jeder Einrichtung überlassen. Diese gemeinsame Zustandsbeschreibung leitet die Entscheidung über den weiteren Weg des Schülers.

Die Zugangsberechtigungen zu weiterführenden Bildungseinrichtungen wie Universitäten und Fachhochschulen sollten an eigenständigen Einrichtungen erworben, aber je nach Konzept an der Schule vorbereitet werden. Die Prüfungen finden extern statt. Hierzu mehr später im vorgeschlagenen Konzept einer neuen Schulstruktur.

Bildungsfreiheit durch freie Bildungsfinanzierung

Schulen und verwandte Bildungseinrichtungen könnten sich durch „Schülergeld“ und eigene Mittel des Schulträgers finanzieren. Bei Erreichen des Einschulungsalters wird für das Kind ein aus Steuermitteln finanziertes „Bildungskonto“ eingerichtet, von dem das Schülergeld in regelmäßigen Abständen an den jeweiligen Schulträger übertragen wird. Die Schule in Gestalt der jeweiligen Betriebsgesellschaft, etwa eine Kommune ist berechtigt, frei Mittel einzuwerben. Die Zuwendungen dürfen nicht mit einem Einfluss auf die Personalhoheit oder die Lehrplanautonomie verknüpft werden.

Lehrplanautonomie

Die Inhalte des Lehrplans sollte die Schule ausschließlich selbst

bestimmen, wobei sie auf öffentlich zugängliche Pläne und Entwürfe zurückgreifen kann. Das heißt, jeder, der Vorschläge zu Lehrplänen, pädagogischen Methoden und ähnlichem hat, kann diese darstellen und kostenfrei zur Verfügung stellen. Die technischen Mittel dafür sind von der Kommune bereitzuhalten.

Da die Politik keine einzelnen Inhalte festlegt, formuliert sie in Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten und Bildungskommissionen „Meta-Bildungsziele“. Meta-Bildungsziele beschäftigen sich nicht mit den Inhalten, sondern mit den Fähigkeiten, die es braucht, Inhalte zu akquirieren.

Von Politik und Verwaltung, also Ministerien, Schulbehörden, werden nur noch Meta-Ziele überprüft und für das Reporting verwendet, der Rest wird den Schulen oder den regionalen Bildungsgremien überlassen. So räumt die Politik den Schulen einen möglichst großen Freiraum ein, damit diese den pädagogischen Auftrag in selbstbestimmter Kompetenz und Verantwortung durchführen. Bezüglich des Lehrplans sind Schulen nur den Eltern und der unabhängigen regionalen Bildungskommission Rechenschaft schuldig, nicht aber staatlichen Stellen.

Ziel ist es, den Beteiligten am Lernprozess maximale Transparenz und Verantwortung für ihren Stoff zu geben und so Motivation, Involviertheit und Selbstständigkeit zu fördern.

Die Schule/Bildungseinrichtung ist berechtigt, das Konzept fortzuschreiben – erhebliche Änderungswünsche müssen das Freigabeverfahren über die regionale Bildungskommission durchlaufen.

Die Schulkonzepte sollten so aufgebaut sein, dass ein Übergang zu anderen Schultypen nach sechs beziehungsweise zehn Jahren möglich ist. Das gewährleistet den Wechsel von staatlich geführten und privaten Einrichtungen.

Budgetautonomie

Da sich bei einer Autonomie der Schulen die verschiedensten Konzepte entwickeln können, ist es auch notwendig, den Schulen die Budgethoheit zu übertragen.

Das bedeutet, anstelle von Lehrerstunden-Zuweisung soll die Schule selbst entscheiden, was am Besten zu ihrem Konzept passt und was benötigt wird, den Unterricht dem Konzept und den freien Lehrplänen entsprechend zu gestalten.

Ursprung des Budgets ist jeder einzelne Schüler, der „sein“ Bildungsgeld an die Schule mitbringt. Das bedeutet: Je mehr Schüler und Eltern ein Konzept für tauglich halten, desto besser wird der Schulbetrieb finanziert. Wie viele Schüler, Lehrer, Psychologen, Sozialarbeiter für den Betrieb jeweils benötigt werden, hängt vom Konzept ab und muss schlüssig dargestellt sein. Bei ungenügendem Zuspruch kann die Schule nicht gegründet werden oder muss ihr Konzept schrittweise umsetzen, so dass mit weniger Mitteln begonnen wird. Das ermöglicht einen Wettbewerb der Ideen. Letztlich bedeutet das: Was von einer genügend großen Anzahl von Menschen nicht gewollt ist, kann nicht umgesetzt werden.

Geld wird im eigenen Schulbetrieb durch eine Betriebsgesellschaft verwaltet. Gegebenfalls schließen sich mehrere Schulen zu einer Betriebsgemeinschaft zusammen. Wie das im Einzelnen aussehen soll, ist Bestandteil der jeweiligen Schulkonzepte. Eine genossenschaftliche Organisationsform liegt nahe.

Personalhoheit

Zur autonomen Schule gehört Personalhoheit. Die Schulen müssen die Chance haben, selbst zu entscheiden, wen sie einstellen und wen sie entlassen oder mit wem sie befristet auf freier Basis arbeiten wollen. Dabei entscheidet die Schulgemeinschaft (aller Beteiligten), ob diese Personalhoheit vom Direktor, vom Kollegium, von der Schülerschaft, den Eltern oder in einer paritätisch besetzten Konferenz ausgeübt wird, oder ob sie Experten beauftragen. Diese Freigabe der Führungsmethode soll den Beteiligten größtmögliche Gestaltungsfreiheit geben, dasjenige Modell zu finden, in dem die eigenen Ideen am Besten umsetzbar sind. Es sollte niemand zur Selbstverwaltung gezwungen werden, der lieber ein-



zelne Personen beauftragen und auf Zeit berufen will.

Die Verbeamtung von Lehrern macht in einer solchen Struktur keinen Sinn. Daher müssten bereits verbeamtete Lehrkräfte so überführt werden, dass letztlich die jeweilige Schule, an der ein Lehrer unterrichtet, auch direkt deren Gehalt zahlt.

Ombudsstelle

Bei einem offenen System mit Diskussionsvielfalt werden Meinungskonflikte unvermeidbar sein. Daher müssten die regionalen Bildungskommissionen Ombudsstellen oder Mediationsstellen betreiben, um entsprechende Schlichtungsprozesse zu ermöglichen.



Die Volle Gesamtschule als Regelschule

Wir sind der Überzeugung, dass jeder Mensch ungeachtet seiner Herkunft die Fähigkeit besitzt zu lernen. Wir begreifen das Lernen allgemein als Veränderungsprozess infolge individueller Erfahrung. Wegen dieser Fähigkeit können Menschen nicht nur schulische Bildung erwerben, sondern auch neue Menschen kennen lernen, sich in unbekannten Städten zu rechtfinden und sprechen. Daher gehen wir davon aus, dass jeder Mensch bei individueller Förderung seinen bestmöglichen Abschluss erreichen kann. Ein Schulsystem muss so aufgebaut

werden, dass genau diese Anforderung erfüllt wird und es bei gesundheitlichen Einschränkungen entsprechende Förderung gibt. Schule ist der gemeinsame Lebens- und Lernraum von Lehrern und Schülern und bedarf eines respektvollen, schülerorientierten Umgangs miteinander. Ein guter Lehrer, meint Hirnforscher Gerald Hüther, muss Kinder mögen und ein Mensch sein, dem man gerne zuhört, der mit seiner eigenen Begeisterung andere begeistert. Ein guter Lehrer begleitet seine Schüler auf einer Entdeckungsreise.

Die Lehrer, die mir als Schüler, Hochschuldozent oder Vater begegnet sind, erfüllen diese Forderung in einem so verschwindend geringen Maße, dass einem Angst und Bange werden kann. Was in der Schule geschieht, widerspricht (so Hüther) dem, was die Hirnforschung weiß. Hüthers Buch heißt: „Jedes Kind ist hochbegabt“. Die flächendeckende Abschaffung des 13. Schuljahres ist die jüngste Verfehlung der Bildungspolitik. Was inzwischen Realität ist, ist nicht mehr zu reformieren. Hüther sagt, wir brauchen eine Bildungsrevolution – dem kann ich mich nur anschließen. Daran sollte sich eine neue Schule orientieren.

Chancengerechtigkeit

Die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Schulen darf nicht zur Einbahnstraße nach unten werden, sondern muss sich den individuellen Lebensbedingungen der Lernenden anpassen. Aus diesem Grund wird von der klassischen Stufenstruktur abgewichen und mit dem Ziel der vollen Inklusion ein in sich verzahntes Schulsystem entwickelt werden. Eine Möglichkeit wäre das von den Piraten Nordrhein-Westfalen vorgestellte Konzept „Liquid Schooling“ (siehe Kompass 2012.2) und die Möglichkeit des individuellen Übergangs in „Lernräume“. Als Regelschule schlagen wir die „Volle Gesamtschule“ (VGS) vor, beginnend mit dem 1. Schuljahr und regulär endend nach der 12. Jahrgangsstufe. Auf begründeten formlosen Antrag hin könnte die Schulleitung den Übergang in die Abiturvorbereitung schon nach Klasse 11 bewilligen, für

diejenigen, die heute das achtjährige Gymnasium (G8) befürworten. Es gilt die Maßgabe einer großzügigen Bewilligung, dem Schüler- beziehungsweise Elternwillen entsprechend, kann also nur begründet abgewiesen werden.

In der „Vollen Gesamtschule“ werden alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet. Das Fördern und Fordern der individuellen Stärken und Schwächen wird durch binnendifferenzierten Unterricht umgesetzt. Die genaue Umsetzung wird in den jeweiligen Schulkonzepten formuliert. Um vor allem in den unteren Klassen und in ländlichen Gebieten lange Fahrzeiten zu verhindern, sollte nicht der gesamte Unterricht in einem örtlichen Schulkomplex stattfinden müssen.

Abitur ausgliedern

Die Abiturvorbereitung (Zulassung zum Studium) sollte aus den Schulen ausgegliedert und speziellen Einrichtungen übergeben werden. Die Abnahme der Prüfung erfolgt durch dafür zertifizierte Lehrkräfte, die aus den verschiedenen Schularten/Schulypen und aus dem Hochschulbereich kommen können. Die Zusammensetzung der Prüfungskommissionen obliegt der Landesschulbehörde in Zusammenarbeit mit den regionalen Bildungskommissionen. Wiederholungen des Vorbereitungsjahres und der Prüfung sollten möglich sein, um unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen auszugleichen. Auf Antrag ist den Schülern ein Stipendium zu gewähren.

Finanzierung mit Bildungskonto der Schüler

Da Schule und Bildung eine Grundaufgabe der Gesellschaft ist, müssen die Mittel unabhängig vom Träger durch das Bundesland zur Verfügung gestellt werden. Daraus folgt eine grundsätzliche Schulgeld- und Lern- und Lehrmittelfreiheit. Den Schulträgern werden Budgets zur Verfügung gestellt, deren Basis ein Sockelbetrag und Pro-Kopf-Satz je Schüler bildet (das oben beschriebene Bildungskonto). Die Aufteilung der Budgets im Innenverhältnis obliegt

der Schulführung, die Gehälter des Personals werden schulintern vereinbart und orientieren sich an allgemeinen, vom Land mit Gewerkschaften ausgehandelten Tarifen.

Die Pro-Kopf-Finanzierung ermöglicht einen Wettbewerb zwischen den Schulen. Wer viele Schüler anzieht, hat mehr Mittel zur Verfügung. Der Sockelbetrag entspricht dem letztjährigen Budgetansatz abzüglich der Lehrereinkommen. Das ermöglicht bei „vorübergehendem“ Rückgang der Schülerzahlen einen Weiterbetrieb und ermöglicht in der Startphase auch den Betrieb einer Schule mit wachsenden Schülerzahlen. Bei Schulgründungen werden die ersten vier Jahre entsprechend der Budgets vergleichbarer Schulformen (basierend auf der zu erreichenden Schülerzahl) finanziert.

Übergang von Alt zu Neu

Bei Realisierung eines freien Schul- und Bildungswesens werden eine Zeit lang mehrere Systeme nebeneinander existieren. Dabei können schrittweise die Kompetenzen aus der Schulaufsichtsbehörde auf die regionalen Bildungskommissionen übertragen werden. Kommunale Schulträger gründen unabhängige Betriebsgesellschaften, die die bisherigen Aufgaben übernehmen. Die Kommunen übertragen die bisherigen Betriebsmittel auf die neuen Betriebsgesellschaften.

In der Übergangszeit können die Mittel des Bildungskontos aus den Mitteln des staatlichen Schulbudgets abgezogen oder umgewidmet werden. Staatliche Schulen werden nur noch aus jenen Steuermitteln finanziert, die von den Schülereltern anteilmäßig aufgebracht werden. Sie sollten schrittweise in freie Schulen umwandelt werden.

Schule braucht (basis-)demokratische Strukturen, denn sie ist das Lebensumfeld unserer Kinder und Jugendlichen. Sie bereitet auf das Leben vor.

[1] Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft. Denkschrift der Kommission „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen. Luchterhand Verlag 1995